A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag, 12. September 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lenz. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 40. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 30 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

12. 9. m | Nr. 430 | 10 Goldpfennig | 63. Jahrgang.

Herkur 8820
Perser-Teppiche
Antike Gobelins
Ankauf aus Privatbesitz
Konkurrenzlose höchste Preiszahlung!!
O. W. B. Krenzstr. 60
Orient-Teppichlager

Amerikanische Weltpolitik.

Eine Denkschrift des Staatssekretärs Hughes.

Von unserem Berichterstatter.

New York, im September.

In einer eben erschienenen amerikanischen Propagandaschrift unternimmt der Wiederwahl des Präsidenten Coolidge erörtert der Staatssekretär Hughes die Richtlinien der gegenwärtigen amerikanischen Weltpolitik. Die Schrift ist ziemlich umfangreich mit 35 Druckseiten und ist in einem ernsten, wenn auch trockenen Stile verfaßt. Eigentlich ist die Schrift eine Verteidigung der gegenwärtigen republikanischen Regierung in Washington gegen die Angriffe des Senators La Follette und des früheren amerikanischen Botschafters in London, John W. Davis, Präsidentschaftskandidat der demokratischen Partei.

Mr. Davis hat nämlich als früherer Diplomat in seiner Kritik der herrschenden Regierungspartei mit Vorliebe die diplomatischen Fehler und Schwächen des Staatsdepartements in Washington seit dem Sturze Wilsons unterstrichen. So machte Mr. Davis in seiner ersten politischen Ansprache in Ohio, nach Annahme seiner Kandidatur, dem Staatssekretär Hughes die heftigsten Vorwürfe wegen seiner ablehnenden Stellungnahme zum Völkerbund und wegen der für Amerika nachteiligen Folgen des Flottenentwaffnungsvertrags von Washington. Außerdem mußte sich Herrn Davis und seinen demokratischen Anhängern die amerikanischen Jugoslawiendrücke britischer und japanischer Mandate im Stillen Ozean und der Niederlage der amerikanischen Flotte seit dem Uebereinkommen mit England und Japan.

Auch in der Politik ist Gegenangriff meistens die beste Verteidigung. Dementsprechend beginnt die Verteidigungsschrift des Staatssekretärs Hughes mit folgendem Satze: „Man kann sich kaum eine schlimmere Vorwurfsheit unserer amtlichen Politik vorstellen, als diejenige, welche die republikanische Regierung auf dem Wege räumen mußte, als sie am 4. März 1921 das Ruder faßt." Daraufhin behauptet sich Herr Hughes mit einer Erörterung der verschiedenen Vorschläge zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund. Des weiteren bedauert Präsidentin Wilson Völkerbundsvorschläge des Herrn Hughes als erledigt durch das für Wilson so niederschmetternde Ergebnis der Volkswahl im Herbste 1920. „Als Präsident Harding seine Regierung antrat", schreibt Mr. Hughes, „hielt er fest, daß es politisch jämmlich unangebracht wäre, den Völkerbund beizutreten. Auch jetzt ist die Mehrzahl unseres Volkes dagegen überzeugt, daß unser Einfluß auf die Weltpolitik durch Anteilnahme an dem Völkerbund nicht gefördert würde.

Gegen die vorgeschlagene Streichung aller unbezahlten europäischen Kriegsschulden an Amerika wendet sich Herr Hughes mit einem Hinweis auf die Tatsache, daß das Problem der Schulden Amerikas durch eigene Angelegenheitsschaft ausdrücklich einer Kommission überwiesen worden ist, deren Befunde oder Vorschläge erst vom Kongreß angenommen werden müssen.

Gegen die Vorwürfe des Senators La Follette in bezug auf die Bergewaltungsschwacher Nachbarn der Union, — wie Mexiko, Mittel-Amerika, Haiti und San Domingo — durch die Einschränkungen der sogenannten Dollardiplomatie verteidigt sich Herr Hughes durch Hinweis auf die neuen abgeschlossenen wirtschaftlichen Verträge mit Mexiko, Haiti, San Domingo und Nicaragua, doch übergeht er wohlweislich das neuerliche Fiasko der amerikanischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Honduras.

Gegenüber Rußland verbarrt Herr Hughes und mit ihm Herr Coolidge hartnäckig auf Nichtanerkennung der Sowjet-Regierung, es sei denn, daß Moskau nicht nur Bezahlung aller früheren russischen Schulden gegenüber Amerika auf sich nimmt, sondern auch versprich, alle kommunistische Propaganda in den Vereinigten Staaten zu unterlassen.

Trotz seiner scharfen Kritik der äußeren Politik Wilsons und dessen Staatssekretäre stellt sich Herr Hughes doch auf demselben Boden wie sein Vorgänger in seiner Stellungnahme zu internationalen Dingen und an den Mandaten früherer Länder unter den Bestimmungen des Versailler Friedens, insbesondere in bezug auf Mesopotamien und die früheren deutschen Südseeinseln. Die diplomatischen Noten des amerikanischen Staatsdepartements unter der republikanischen Regierung Hardings und Coolidges, auf die sich Herr Hughes mit unverhüllter Genugtuung beruft, hatten ebenso gut von seinem Vorgängern Colby und Lansing herrühren können, da jene Noten in jeder Hinsicht in deren Fußstapfen treten.

Kurz gesagt, beweisen die 35 Druckseiten von Herrn Hughes' Propagandaschrift lediglich, daß sich die Weltpolitik der Vereinigten Staaten während der letzten vier Jahre kaum in irgendwiener Weise verändert hat. Nur Deutschland gegenüber ist Boden zum weiteren Entgegenkommen zu zeigen.

Edwin Emerson.

Wieder 20 Goldmillionen.

Die zweite nach dem Londoner Protokoll fällige Reparationsrate von 20 Millionen Goldmark ist am Donnerstag, wie T. U. von zuständiger Stelle erfährt, an den Agenten für die Reparationszahlungen abgeführt worden.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen Owen Young erklärte anläßlich der Zahlung der zweiten deutschen Reparationsrate von 20 Millionen Goldmark amerikanischen Pressevertretern, daß Deutschland wahrscheinlich in diesem Monat keine weiteren Zahlungen zu leisten habe; bekanntlich ist nach dem Londoner Abkommen im September eine Gesamtsumme von 85 Millionen Goldmark aufzubringen; da gleichzeitig die französisch-belgischen Regiebahnzahlungen begonnen haben, so dürfte wahrscheinlich der Rest von den 85 Millionen durch diese Zahlungen noch im Laufe dieses Monats aufgebracht werden.

Unruhen in Mittel- und Südamerika.

Der amerikanische und argentinische Gesandte verlassen Chile.

e. **New York**, 11. 9. (Eig. Funkbericht)

Der ursprüngliche Präsident von Chile, Alessandri, hat sich in Begleitung des nordamerikanischen und des argentinischen Gesandten von Santiago in das Innere begeben. In Mendoza befinden sie den Ueberlandexpreß nach Buenos Aires. Die Regierung des Generals Altamirano bedeutet das Ende des parlamentarischen Liberalismus in Chile. Altamirano hätte mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, lieber noch mit dem spanischen Diktator General Primo de Rivera verglichen.

Aus Brasilien kommen neue Meldungen über Aufstände lokaler Natur.

In Montevideo hat sich General Rafael Fiorenzo Arzoga gegen die Regierungstruppen erhoben. Es kam zu einem Gefecht in der Nähe von Cutio.

Die Unlichkeit in Honduras dauert an. Zum Schutz der bedrohten Gesandtschaften in Tegucigalpa hat Konteradmiral Dayton im Hafen von Ceiba Marinetruppen vom Kreuzer „Rochester" gelandet, die zum Schutze Transport nach Tegucigalpa bereitgehalten werden.

Santiago de Chile, 11. 9. (E. T. B.)

Die neue Regierung ist gebildet und schließt General Altamirano, General Renner und Admiral Neff ein. Sie wird den Kongreß auflösen.

Frankreichs Finanzpolitik.

Budgetausgleich und Frankenkurs — Kampf gegen die Teuerung.

sl. **Paris**, 11. 9. (Eigenbericht.)

Das Aern Yorker Bankhaus Morgan hat zugleich im Namen seiner ihm affiziierten Institute beschlossen, den am 12. September fälligen 100-Millionen-Dollar-Kredit, der vom Kreditkonsortium Frankreich zur Stützung des französischen Franken eingeräumt war, zu verlängern. Die Bank von Frankreich hatte bereits einen Teil des von ihr verwendeten Anleihebetrages zurückgezahlt. Wie sich ein Direktor der Bank von Frankreich zu dieser Angelegenheit äußerte, handelt es sich nicht um eine Anleihe, sondern um einen Kredit, der der Barbusiness des Staates entspricht, dergestalt, daß die Bank von Frankreich ständig über einen Betrag bis zu 100 Millionen Dollars verfügen kann, jedoch nur die verwendeten Beträge zu verzinsen brauchte.

Die Bank von Frankreich hat den Lombardzinsfuß von 7 auf 8 Prozent erhöht; der Wechselskontosatz blieb unverändert 6 Prozent.

Die französische Regierung beschäftigt sich seit einigen Tagen sehr energisch mit der Herabsetzung des Budgets der einzelnen Ministerien, um das Gleichgewicht des Gesamtbudgets zu erzielen. Die Nachricht, daß Herriot beim Kriegsbudget Ersparnisse von 500 Millionen erzielt haben soll, regt auf der extremen Rechten sehr auf und „Action française" beginnt einen gegen Frieburg gegen den Kriegsminister, dessen Zustimmung zu diesen Herabsetzungen das Blatt tadelt.

Auf Grund der heutigen Abendblätter kann man annehmen, daß das französische Budget mit etwas weniger als 30 Milliarden sich im Gleichgewicht befinden wird, wobei aber für die seit den Waffen versprochenen Gehaltserhöhungen die notwendigen Milliarden greifbarlich erscheinen. Während die mißliebigen Steuern des früheren Regimes, die berühmten $^1/_{10}$ und die Umsatzsteuer, beibehalten, wenn auch gemildert angewendet werden sollen.

Mit den von der Regierung getroffenen Maßregeln gegen die Teuerung ist besonders „Journal des Débats" und „Journée Industrielle" unzufrieden. Ersteres Blatt meint, das einzige Ergebnis sei eigentlich eine erweiterte Statistik beim Arbeitsministerium und die als unmöglich bezeichnete Zuziehung der Fischproduzente. Die bessere Ausgestaltung des Fischmarktes liege nun in weiteren Fehle und die Beschaffung von Gefrierschiffen werde nur zu weiteren Einkäufen in Hochvalutaländern führen. Der dekamte Kampf gegen die Spekulation sei noch nirgends gelungen usw. „Journal des Débats" tadelt die Regierung hauptsächlich deshalb, weil sie die Hand nicht an die Wurzel des Uebels legte, sondern nur bei den besonderen politischen Gründen noch verschärfte, während vermehrte Arbeit notwendig wäre. Es sei bedauerlich, Minister Godard nur darauf bedacht, die Produktion zu verändern, und daß durch Ersparung den Franken zu heben, gesteche aber das Gegenteil.

Die Unzufriedenheit mit den Maßregeln der Regierung verbreitet sich jedoch, und die Regierung sieht nahestehende Blatt „Ere nouvelle" fordert heute die Abdankung des Ackerbauministers Queuille und des Handelsministers Raynaldi, ohne damit gegen Herriot zu opponieren.

Das Abrüstungsgesuch des Botschafters Barrère soll heute im Quai d'Orsay eingetroffen sein. Aus Genf wird das hohe Alter des Diplomaten angegeben.

Auf der Frage der bevorstehenden Verhandlungen mit Rußland ist zur „Paris Soir" eine Studienkommission ernannt worden. Den Vorsitz wird der bekannte Senator Monnie führen, der stets für eine Anäuberung an Rußland war, selbst dorthin gereist ist und das bekannte Buch: „Vom Kremel zum Luxembourg-Palais" geschrieben hat.

Das Schaljapin-Konzert.

Der große russische Sänger war seit zehn oder zwölf Jahren nicht mehr in Berlin gewesen. Es möglich zu schildern, was sich gestern in der Philharmonie zutrug, als er nach so langer Abwesenheit wieder ein Konzert gab. Das ganze musikalische Berlin — soweit es die enormen Eintrittspreise bezahlen konnte — und eine Menge hier lebender Russen feierten den berühmten Künstler, der noch anfänglicher Nervosität in höchste Begeisterungstaumel geraten Publikum erklären mußte, daß er müde sei und einfach „nicht mehr können". Ueber seine große Kunst am Klavier sehr.

Die Zukunft Oesterreichs.

Eintritt in die Kleine Entente?

Wien, 11. 9. (Eigenbericht.)

In Wien scheint sich ein sensationeller Umschwung in der äußeren Politik vorzubereiten. Der Eintritt Deutsch-Oesterreichs in die Kleine Entente steht unmittelbar bevor. In Genf wird nicht mehr über die Absegung des Generalkommissars Zimmermann oder die nahe Beendigung seiner Mandatsdauer verhandelt, sondern auch über die grundsätzliche Frage, wie Deutsch-Oesterreich mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien in ein inneres politisches Verhältnis gebracht werden könnte, dem bald eine Politik und Tätigkeit dieser Staate folgen soll. Die völlig ablehnende Haltung der Sachverständigen des Völkerbundes, die dieser Tage in Wien weilten, war in den Augenblick zu Genf bekanntlich, als der Bundeskanzler Seipel in einer langen Unterredung mit dem französischen Gesandten Lebeque-Pontalis diesen neuen Forderungen der Entente nicht mehr ablehnend gegenüberstand.

Wir geben diese Nachricht, auf die, wenn sie sich bewahrheiten sollte, ausführlich zurückzukommen sein wird, mit allem Vorbehalt wieder, sie ist allerdings geeignet, das größte Aufsehen hervorzurufen.

Die Londoner Amnestie gefährdet.

m. **Zweibrücken**, 11. 9. (Eigenbericht.)

Trotzdem eine Verfügung des französischen Kommandierenden Generals in der Pfalz ergangen ist, nach der die politischen Gefangenen, die sich in den Gefängnissen in der Pfalz befinden und die mehr als drei Monate Strafzeit noch zu verbüßen haben, in Freiheit gesetzt werden sollen, und trotzdem verlautet, daß der französische Oberkommandierende Dagoutte in allernächster Zeit die Freilassung der übrigen politischen Gefangenen anordnen wird, ist mit einer restlosen Entlassung sämtlicher politischen Gefangenen für die nächste Zeit nicht zu rechnen, da über den Begriff „politische Gefangene" zwischen der französischen Besatzungsmacht und den deutschen Stellen noch große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Selbst wenn man an den deutschen Standpunkt den strengsten Maßstab anlegt, befinden sich in den französischen Gefängnissen in der Pfalz noch 81 politische Gefangene.

Wie sehr der französische Standpunkt von dem deutschen abweicht, geht sich daraus, daß von den 58 deutschen Gefangenen in Zweibrücken, die nach deutscher Auffassung als politische Gefangene anzusehen sind, von den Franzosen nur 20 als politische Gefangene bezeichnet werden, die in Freiheit gesetzt werden sollen. Bei den übrigen politischen Gefangenen, von denen sich außer den 58 in Zweibrücken Inhaftierten 30 in den französischen Gefängnissen in Germersheim, einer in Ludwigshafen, Frankenthal und Neustadt a. d. H. befinden, hat der französische Standpunkt die größte Aufregung und Beunruhigung verursacht, so daß die politischen Gefangenen in Zweibrücken, wie gemeldet, in den Hungerstreik getreten sind.

Man befürchtet, daß die Beigabung der politischen Gefangenen als Bedingungsobjekte benutzen will, um die sofortige Entlassung der von den rechtsrheinischen Gerichten verurteilten Separatisten zu erzwingen.

Georgien und der Völkerbund.

Genf, 11. 9.

In der heutigen Völkerbundtagung ging zunächst der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen kurz auf die Lage der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern ein und verbreitete sich ausführlich über die Frage der Sicherheit und der Abrüstung, wobei er darauf hinwies, **daß die entwaffneten Staaten einen Anspruch auf allgemeine Abrüstung hätten.**

Am Schluß der heutigen Versammlung erklärte vor fast leerem Hause Präsident Motta, daß er eine sehr wichtige Mitteilung zu machen habe. Er verlas hierauf folgende von der englischen, französischen und belgischen Delegation gemeinsam eingebrachte Resolution: „Indem die Versammlung auf eine Resolution vom 22. Dezember 1923 der 3. Versammlung hinsichtlich Georgiens zurückkommt, fordert sie den Rat auf, mit Aufmerksamkeit die Ereignisse in diesem Teile der Welt zu verfolgen und alle sich bietenden Gelegenheiten zu ergreifen, um mit friedlichen Mitteln und in Uebereinstimmung mit dem internationalen Recht eine Rückkehr dieser Länder zu einer normalen Lage zu ermöglichen."

Der französische Delegierte Paul-Boncour begründete namens der französischen, englischen und belgischen Delegation kurz diesen Resolutionsvorschlag. Er wies darauf hin, daß es darauf ankomme, daß der Völkerbundsversammlung andurch vom Frieden zu sprechen, wenn an einem Punkte der Welt Blut fließe und Schmerzensschreie zum Himmel ertönen. Der Völkerbund müsse

eine Geste tun,

und seine Pflicht erfüllen. Paul-Boncour teilte hierauf mit, daß Mr. Donald und Herriot infolge eines Appells der georgischen Nationalregierung noch vor ihrer Abreise aus Genf eine Sitzung einigt mit den Delegationen den Auftrag erteilt hätten, eine Resolution vorzubereiten und einzubringen. Die Versammlung beschloß hierauf, den Resolutionsentwurf der Geschäftsordnung entsprechend zunächst der Tagesordnungskommission zu übergeben.

Die Koblenzer Verhandlungen.

Koblenz, 11. 9. (px.) Die deutsche Delegation hat gestern und heute mit der Rheinlandkommission bezüglich der Rückkehr der Ausgewiesenen verhandelt. Die Herausgabe der Liste, die nunmehr 1200 Personen enthalten soll, ist bis heute noch nicht erfolgt. Die Delegation rechnet mit der gesamten Ausweisung erst gegen Ende dieser oder Anfang der nächsten Woche. Bezüglich der Amnestie ist erreicht worden, daß in Kürze ungefähr 600 Personen begnadigt werden.

Am Donnerstag wird man ihre Rückkehr, vorab die Genehmigung zur Wiederaufnahme ihrer Dienstgeschäfte noch nicht erteilt werden. Die deutsche Delegation läßt jedoch nichts unversucht, um sie „möglichst bald" wieder in ihre alten Stellungen zu bringen.

Börsenmanöver.

tr. **Mailand**, 11. 9. (Eigenbericht.) Ein Mann wurde ein Direktor der Bank Mac Bondi, namens Otlindo Sirani, wegen Börsenmanöver verhaftet. In der letzten Zeit wiederholten sich alarmierende politische oder wirtschaftliche Gerüchte an der Börse.

Gegen Intervention in China.

Marschall Feng unterstützt die Chihlipartei.

London, 11. 9.

Die Reuteragentur meldet aus Peking: In kompetenten ausländischen Kreisen ist man der Ansicht, daß man sich in China einer Intervention der großen Mächte widersetze. Selbst wenn es gelänge, eine Konferenz zusammenzubringen und selbst, wenn diese Konferenz zu einem günstigen Ergebnis käme, wäre die Lage keineswegs verändert, wenn nicht die Großmächte bereit seien, durch Waffengewalt einer Einigung, die in der Konferenz erzielt würde, Geltung zu verschaffen. Chang Tso-lin und Wu Pei-fu wünschen heute, die politische Einheit Chinas wiederherzustellen, indem sie eine starke zentrale Regierung schaffen, die über eine nationale Armee verfügt und die umstande ist, widerspenstige Provinzen zum Gehorsam zu bringen. Die Niederlage der einen oder der anderen dieser beiden großen Führer würde dem chinesischen Volk Gelegenheit geben, sein Schicksal nach seinen Wünschen zu formen, während die Intervention der Großmächte eine lebhafte Unzufriedenheit in allen Parteilagern hervorrufen würde, zumal Japan und Rußland, die beide an dem augenblicklichen Konflikt politisch interessiert sind, versucht seien, der Chinesen ihre Unterstützung zu leihen, was dann zu den schwierigsten Komplikationen führen könnte.

*

Telegramme aus China lassen erkennen, daß ein großer Teil der fremden Kaufmannschaft energisch gegen eine etwa beabsichtigte Intervention der fremden Mächte protestiert, in der richtigen Erkenntnis, daß dadurch die Lage nur noch komplizierter wird und eine Entscheidung, die durch eine Einigung der kämpfenden Parteien oder durch Austragung mit den Waffen herbeigeführt werden kann, auf lange Zeit verzögert wird.

London, 11. 9. (T. U.) Nach den neuesten Meldungen aus Schanghai besitzen die Truppen von Kiangsi auch die numerische Ueberlegenheit, nach nunmehr der „chinesische" General Feng Yu-hsiang mit schnellend Mann wohldisziplinierter Truppen, die allgemein für die besten chinesischen Soldaten gehalten werden, ihnen zu Hilfe geeilt ist.

Schanghai, 11. 9.

Infolge des heftigen Gewitters, das am Dienstag über das Schlachtfeld niederging, fanden Mittwoch nur kleine Scharmützel statt. Ein ausländischer Beobachter, der Gelegenheit hatte, die Stellung der beiden Armeen kennen zu lernen, behauptet, daß der Rali Schanghais nur noch etwa 14 Tage auf sich warten lassen werde. Der General Chi, der Kommandant der Armee Kiangsi versucht weiter, bei Hwangtun durchzubrechen. Aber gerade an dieser Zeile nahmen die Truppen von Chekiang eine sehr gut zu verteidigende Stellung ein.

Ein Dementi Maltans.

W. T. B. teilt mit:

Nach dem diplomatischen Korrespondenten des Londoner „Daily Telegraph" soll der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr v. Maltzan, erklärt haben, daß alle Gerüchte, daß die französisch-belgisch-englische Delegation gemeinsam eingebrachte Resolution: „Indem die Versammlung auf eine Resolution vom 22. Dezember 1923 der 3. Versammlung hinsichtlich Georgiens zurückkommt, fordert sie den Rat auf, mit Aufmerksamkeit die Ereignisse in diesem Teile der Welt zu verfolgen und alle sich bietenden Gelegenheiten zu ergreifen, um mit friedlichen Mitteln und in Uebereinstimmung mit dem internationalen Recht eine Rückkehr dieser Länder zu einer normalen Lage zu ermöglichen."

Der französische Delegierte Paul-Boncour begründete namens der französischen, englischen und belgischen Delegation kurz diesen Resolutionsvorschlag. Er wies darauf hin, daß es darauf ankomme, daß der Völkerbundsversammlung andurch vom Frieden zu sprechen, wenn an einem Punkte der Welt Blut fließe und Schmerzensschreie zum Himmel ertönen. Der Völkerbund müsse

eine Geste tun,

und seine Pflicht erfüllen. Paul-Boncour teilte hierauf mit, daß Mr. Donald und Herriot infolge eines Appells der georgischen Nationalregierung noch vor ihrer Abreise aus Genf eine Sitzung einigt mit den Delegationen den Auftrag erteilt hätten, eine Resolution vorzubereiten und einzubringen. Die Versammlung beschloß hierauf, den Resolutionsentwurf der Geschäftsordnung entsprechend zunächst der Tagesordnungskommission zu übergeben.

Die Reform der höheren Schule.

Minister Boelitz im Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages ergriff bei der Debatte über den Kultusetat Minister Dr. Boelitz das Wort zu folgenden beachtenswerten Ausführungen:

Bei der Generaldebatte des diesjährigen Etats ist die Frage der Reform des höheren Schulwesens das Hauptthema der diesjährigen Beratung genannt worden. Von ihrer Lösung hängt die Gestaltung unserer Einheitsschule ab. Es hängt von ihr ab die Frage der Nachwuchses eines großen Teils der Führer unseres Volkes und damit die Frage der Zusammensetzung der Nation.

Die anerkannten

Grundsätze der Reform

des höheren Schulwesens, denen das Staatsministerium beigetreten ist, sind folgende:

1. Auch die höhere Schule bleibt Veranstaltung des Staates.
2. Die Dauer der höheren Schule bleibt neun Jahre.
3. Die Aufgabe der Schule besteht in der Erziehung zu humaner Bildung, nicht in Berufsvorbereitung.

Das soll vor allem erzielt werden durch Herabsetzung der Stundenzahl und durch Ausbau der Bildungsstoffe sowie Verteilung bestimmter Bildungsstoffe auf einzelne Schulstufen. Man nenne das Impfiserung. Aber diese Impfiserung bestand bereits seit 1901. Jetzt gilt es nur eine klare Herausarbeitung des eigentlichen Bildungsinhalts, des Charakters der einzelnen Schule, und so entstehen vor uns die Typen des Gymnasiums, des Real- und Reformgymnasiums, der Oberrealschule und der Deutschen Oberschule, die sich nicht starr voneinander abheben, denen ein gewar nicht einfacher, sondern doppelter Unterbau gegeben werden soll. Die Herabsetzung der Stundenzahl und die Bemühung der allgemeinen Bildung soll aber keineswegs Herabsetzung der Arbeit bedeuten, sondern vielmehr Steigerung der Arbeitsleistung, Vertiefung der Arbeitsmethode, Verlegung des Arbeitsbereiches herbeiführen. Die Arbeitsmethodik ist allen Schulen der kulturkundlichen Kern.

Wichtig ist vor allem bei der Reform, daß auch die Arbeit in der Schule unmittelbar werden soll im Sinne innerer Konzentration, in veränderter Darbietung des Bildungsgutes durch den Arbeitsunterricht und durch ein anderes Arbeitsbuch.

Verhältnis von Schüler zum Lehrer.

Der Schüler soll vor allem im Lehrer den Führer, den Erzieher sehen. Folge hiervon wird sein eine stärkere Anpassung der Kräfte durch produktive Arbeit in Schule und Haus, Schaffung freierer Lehrpläne, Schaffung von Arbeitsgemeinschaften der Lehrer. Normenzwang wird es sein, eine strengere Auswahl bei der Aufnahme der Schüler, eine strengere Siebung bei den Versetzungen vorzunehmen.

Man hat der Reform zum Vorwurf gemacht, daß die Grundsätze zu starr durchgeführt seien, daß gewiß vieles ideal sei, aber daß sie das praktische Bedürfnis nicht genügend beachte. Die Unterrichtsverwaltung hat sich vorgesetzt, daß die Denkfähigkeit und die Stundenzahlen lediglich eine „Produktionsbasis" sein sollen. Sie ist gern bereit, in einzelnen Punkten die Stundenzahlen zu bessern, die Anmeldung des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund von Frankreich mit der Aufforderung zu bedingungslosser Annahme des Vertrages kommentiert wäre. Wie mit erstehen, ist diese Behauptung ebenso frei erfunden, wie die zahlreichen übrigen in der letzten Zeit dem Staatssekretär in den Mund gelegten Aeußerungen zur Kriegsschuldfrage.

Berliner Magistratsabbau und Haushalt angenommen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung stimmte am Donnerstag dem Abbau beim Magistrat zu. Der sozialistische Stadtschultat Pauisen wurde persönlich abgehaut, sein Posten jedoch beibehalten. Der Haushaltsplan für 1924 wurde in zweiter Lesung angenommen. (Bericht siehe Seite 3.)

Die Wirkungen der baltischen Agrarumwälzung.

Von

Dr. jur. Ohle, Potsdam.

„Eine zweckmäßige Verteilung des Grundeigentums ist eine wesentliche Bedingung der Güte und Dauer einer Verfassung, gleich verderblich ist die Anhäufung großer Massen in die Hände weniger oder die Zersplitterung in Atome. Aus beiden entsteht eine gefährdende Masse von Proletariern." So schrieb 1831 der Minister Freiherr v. Stein an Gneisenau. Es noch heute gültige Wahrheit dieses Satzes lehnerlt die wirtschaftliche Entwickelung der baltischen Länder Lettland und Estland. In beiden Staaten ist durch eine rücksichtslose Agrargesetzgebung der Großgrundbesitz enteignet worden. In Lettland ohne jegliche Entschädigung unter Belassung eines Restgutes von 200 Morgen, in Estlhom der gesamte Besitz ohne dasjenige Aufgabe der Entschädigungsfrage. Beide Staaten haben unter geschickter finanzieller Führung ein Anfang günstig erscheinendes wirtschaftliches Leben geführt. Heute jedoch befindet sich Estlhland in einer schweren wirtschaftlichen Krisis, die einem Bankerott verzweifelt ähnlich sieht. Die Gründe, die hierzu führen, sind die bei den zum zu erwartenden Niedergange Estlands sich wiederholen werden, mögen hier kurz gekennzeichnet sein.

Zunächst muß die Frage gepriift werden, ob die baltischen Nachbarn auf die Dauer lebensfähig gewesen sein würden, selbst wenn sie nicht zu einer Zertrümmerung des Großgrundbesitzes geschritten wären oder diesen nur in den Grenzen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft beschnitten hätten. Die Industrie beider Staaten verdankt ihre Blüte der starken Industrialisierung, die der Russe seit den 80er Jahren in den drei Ostseegouvernements mit großer Anstrengung durchgeführt hatte. Ohne die Verbindung mit dem russischen Hinterlande sind die Rigaischen Fabriken lebensunfähig. Der Bezug englischer Erze und Kohlen aus dem Donezgebiete kaufzeichnet gemäßigt die Abhängigkeit ihres Zuleins. Heute sind durch die russische „Nationalisierung" der Fabriken in Schutt und Asche gelegt, oder an ihren Weiterbetrieb hindert ihre